

Frei sind wir nur als wir

*Wer wollen wir sein als Deutsche – und wofür stehen wir auf?
Eröffnungsrede zum Zukunftskongress*

I. Zwei Hände

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen,
ich möchte anfangen mit einer Frage. Hier im Raum, alle, die unter 30 sind:

„Wer von euch glaubt, dass es euch mal besser gehen wird als euren Eltern?“

Diese Frage habe ich kürzlich einer neunten Klasse gestellt. Dreißig Schülerinnen und Schüler. Was glauben Sie, wie viele Hände hochgingen?

Zwei.

Keine Statistik und kein Trendreport der Soziologen trifft es so wie diese zwei Hände in einem Klassenzimmer. Das sind Fünfzehnjährige. Und sie glauben nicht, dass es besser wird. Oder haben gar Angst, dass es schlechter wird. Warum?

Klimakrise, Kriege, wirtschaftlicher Abschwung und Niedergang. Keine Ahnung, ob ich mal einen Job habe, oder nur die KI. Ich kann mir eh nichts leisten, die Nazis werden regieren. Das ist ganz schön viel. Das kann ganz schön Angst machen. Aber wir wissen doch auch: Das sind alles von Menschen gemachte Probleme, es sind also Probleme, die wir auch als Menschen wieder lösen können. Es gibt Alternativen.

Wir wissen, dass es möglich wäre: Erneuerbare Energie aus Sonne, Wind, aus Wasser im Überfluss. Die weltweit besten Roboter und Quantencomputer. Frieden in ganz Europa. Das ist keine Utopie. Das ist machbar. Es wäre nicht das erste Mal, dass unser Land vor einer gewaltigen Aufgabe steht – sie meistert und sich dabei neu erfindet.

Wir haben das alles schon einmal gekonnt: Bahnhöfe, auf die wir stolz waren. Schulen, die die besten Europas waren. Industrien, die die Welt verändert haben.

Deutschland hat Universitäten von Weltrang. Einen starken Mittelstand und gut ausgebildete Menschen. Und trotzdem kommen wir nicht aus dem Quark.

Warum schaffen wir das nicht? Warum kommen wir da nicht hin? Das liegt nicht nur an Energiepreisen, wie manche meinen. Es liegt tiefer.

II. Was sich verhakt hat

Menschen bewegen sich, weil sie ein Ziel vor Augen haben – und weil sie darauf vertrauen, dass ihre Anstrengung etwas bewirkt. Was für einzelne Menschen gilt, gilt für Gesellschaften genauso. Eine Gesellschaft bewegt sich nicht, weil sie *muss*. Sie bewegt sich, weil sie *will*. Sie braucht ein gemeinsames Ziel, für das sich Anstrengung lohnt.

Doch genau dieser Treibstoff ist uns abhandengekommen. Dieses gemeinsame Ziel. Weil die großen Erzählungen, die diesen Treibstoff früher gestiftet haben, nicht mehr tragen. Der Wiederaufbau: abgeschlossen. Die Erzählung vom Exportweltmeister ist zumindest erschüttert. Europa ist für die meisten abstrakt geblieben. Und das alte Wohlstandsversprechen – „Es wird besser“ – ist in genau jener neunten Klasse gestorben, in der nur zwei Hände hochgingen.

Was an ihre Stelle tritt, ist noch offen. Aber die Frage können wir nicht länger aufschieben: Wer wollen wir sein, jetzt, wo das alte „Wer wir waren“ nicht mehr trägt? Was ist unser gemeinsames Ziel?

Das ist nicht die Frage einer Partei. Das ist die Frage einer Gesellschaft an sich selbst. In einer Welt, in der gerade alles neu vermessen wird – Mächte, Bündnisse, Wirtschaftsordnungen, Werte. Und vielleicht ist diese Frage auch die Antwort auf eine andere, die uns alle umtreibt. Wir reden viel darüber, *wie* wir die Demokratie verteidigen. Über Brandmauern, über Strategien, über das Ringen mit denen, die sie verachten. Das ist wichtig. Aber eigentlich ist die erste Frage, die Frage nach dem *warum*. Warum verteidigen wir die Demokratie?

Eine Demokratie, die nicht mehr weiß wofür sie ist sondern nur weiß, wogegen sie ist, verteidigt am Ende ein leeres Haus. Und ich bin mir sicher: Wer das *Warum* nicht beantwortet, wird das *Wie* nicht durchhalten.

Ich habe keine fertigen Antworten auf das *Warum* und darauf, wer wir sein wollen. Ich glaube, niemand hat sie. Aber ich habe einen Vorschlag, wo wir anfangen können.

III. Die beschädigte Freiheit

Wir haben eine Idee, die alles tragen könnte: die Freiheit. Sie könnte der Treibstoff sein. Das Ziel, das uns wieder in Bewegung setzt: Man selbst sein dürfen. Mehrere Wege gehen zu können. Auch morgen noch. Auch morgen nicht zwangsbestimmt zu sein durch die Klimakrise. Keine Angst vor dem Fall in die Armut. Keine Angst vor staatlicher Gewalt, sondern Sicherheit. Keine Angst vor den Diktatoren dieser Welt. Zu wissen, dass sie uns nichts anhaben können. Unsere Freiheit.

Aber die Freiheit zieht nicht mehr. Sie treibt zu wenige an. Für zu viele ist sie nicht mehr glaubwürdig. Sie ist beschädigt, ja vielleicht verlottert. Noch schlimmer: sie ist gerade dabei, von den falschen Kräften gekapert zu werden. Wenn ein JD Vance von Freiheit spricht, wird mir schlecht.

Wenn diese Akteure sagen, die Freiheit, das ist unsere, frag ich: Was ist passiert? Und vor allem: was können wir tun? Das Gute ist: Freiheitsbewegungen haben sich immer wieder über die letzten Jahrhunderte neu erfunden. In der Französischen Revolution, in der Badischen, in der Weimarer Republik, nach 1945, vor und nach 1989. Deshalb können wir das auch jetzt wieder schaffen.

Ich möchte dafür drei inhaltliche Neuausrichtungen vorschlagen und zwei Missverständnisse zum Weg zum Wie ausräumen.

IV. Drei inhaltliche Erneuerungen

Beginnen wir mit dem, was am offensichtlichsten ist:

Erstens: Freiheit braucht Gleichheit

Freiheit wurde von einer Seite des politischen Spektrums monopolisiert: als Markt. Als Deregulierung. Als „Steuern runter“. Das Ergebnis: Viele Menschen verbinden mit Freiheit heute etwas, das ihnen die Wohnung weggenommen hat. Das die Bahn ruiniert hat.

Freiheit wurde zum Codewort für: Die Starken machen, was sie wollen.

Aber zur Ehrlichkeit gehört auch, dass wir – auf der anderen Seite – Freiheit auch verknappt haben. Auf individuelle Lebensverwirklichung, auf Identität, Sprache, auf Selbstverwirklichung. Das verteidige ich von ganzem Herzen. Aber es reicht nicht. Es spricht nicht den Lkw-Fahrer in der dritten Schicht an. Nicht die Pflegerin, die ihre Miete nicht

zahlen kann. Nicht die Handwerkerin, die an der Bürokratie verzweifelt. Seien wir ehrlich: Für viele klingt diese Freiheit nach Selbstbeschäftigung der Privilegierten.

Freiheit ohne Gleichheit verkümmert. Von beiden Seiten verkürzt, trägt sie nicht mehr. Dass Freiheit nur verwirklicht ist, wenn sie nicht auf der Unfreiheit und Ungleichheit anderer beruht, hat uns Grüne immer angetrieben. Global, wenn wir etwa an die Näherinnen in Bangladesch denken. Und gegenüber den künftigen Generationen, deren gleiche Freiheit nicht durch unser heutiges Handeln eingeschränkt sein darf. Daran möchte ich wieder anknüpfen.

Das heißt: Oben begrenzen. Unten und bis tief in die Mitte ermöglichen.

Anders ist Freiheit heute nicht zu haben. Oben begrenzen heißt: härter vorgehen. Gegen die vererbte Plutokratie. Gegen Monopole und Oligopole, gegen Konzerne, die ihre Marktmacht missbrauchen. Gegen enorme Vermögen, die über Generationen weitergegeben werden, ohne dass die Gesellschaft etwas davon hat: Wer Milliarden erbt, muss mehr beitragen als heute.

Unten und bis tief in die Mitte ermöglichen heißt: Bildung, Bildung, Bildung. Bildung, die trägt. Bildung ist so eine zentrale Grundlage der Freiheit. Nicht nur im Sinne von: hinterher eine Arbeit finden. Das auch, aber vor allem im Sinne von mündigen Bürgern! Und ja: Das Schulgebäude muss schön sein. Aber es braucht vor allem die Menschen, die einen bilden und Bildung ermöglichen. Hier müssen wir bei allen Abwägungen immer eine Priorität setzen, für die Bildung.

Unten und bis tief in die Mitte ermöglichen heißt: Vermögensaufbau für alle, nicht nur für die, die schon haben. Wohnen, das bezahlbar ist. Und es heißt: Boden ist kein Spekulationsobjekt. Boden ist die Grundlage, auf der Menschen ihr Leben aufbauen.

Wer Boden wie eine Aktie behandelt, verkauft die Zukunft.

Unten und bis tief in die Mitte ermöglichen heißt auch: Nicht die Privatschulen sollen die besten sein, sondern die öffentlichen. Nicht die Privatkliniken, die öffentlichen Krankenhäuser. Ich sage deutlich: Wer Kindergärten, Theater, Musikschulen kaputtspart schwächt die Freiheit der Vielen, um die Wahlmöglichkeiten der Wenigen zu mehren. Wer öffentliche Institutionen stärkt, gibt allen die gleiche Chance, ihr Leben zu führen. Das ist nicht eine Sozialleistung unter vielen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass dieses Land sein Versprechen der Freiheit halten kann.

Soweit zur klassischen Frage von Freiheit und Gleichheit. Aber es gibt eine neue Front, an der sich Freiheit und Gleichheit heute entscheiden. Sie liegt nicht in Beton und Stein, sondern in Daten und Codes. Künstliche Intelligenz.

KI ist für mich keine Technikfrage sondern eine Machtfrage.

Wer entscheidet, was wir sehen, wenn wir morgens das Handy in die Hand nehmen? Wer entscheidet, welche Stimmen laut werden und welche untergehen? Wer entscheidet, ob unsere Daten – also: Stücke unseres Lebens – als Rohstoff verwendet werden für Geschäftsmodelle, die wir nicht kennen?

Im Moment entscheiden das ein paar Männer im Silicon Valley. Keiner von ihnen wurde je gewählt. Das müssen wir ändern. Nicht weil wir Technik fürchten – wir nutzen sie. Wer seine Infrastruktur – und seine Infrastruktur des Denkens – an Konzerne verliert, die er nicht kontrollieren kann, der verliert am Ende seine Freiheit.

Digitale Souveränität ist eine der großen Fragen von Freiheit und Gleichheit im 21. Jahrhundert.

Eine eigene Cloud, die unseren Regeln folgt. Eine eigene KI, die unsere Werte kennt. Aber, KI wird Jobs verändern. Sie wird die Wertschöpfung verschieben. Wenn ein wachsender Teil der Wertschöpfung aber von Algorithmen und Kapital kommt – wie sichern wir dann unsere Sozialsysteme, die heute fast vollständig über Arbeit finanziert werden? Wer ist abgesichert, wenn die eigene Arbeit nicht mehr das Zentrum der Wertschöpfung ist? Ich bin überzeugt, Wertschöpfung durch KI werden wir so besteuern müssen, dass sie nicht allein denen zugutekommt, die Kapital besitzen – sondern auch denen, deren Arbeit sie ersetzt.

***Damit zur zweiten inhaltlichen Neuausrichtung und die geht tiefer:
Freiheit braucht Zugehörigkeit.***

Was Menschen heute fehlt ist Zugehörigkeit. Das Gefühl, Teil von etwas größerem zu sein.

Eine Freundin war vor der letzten US-Wahl in Amerika. Sie besuchte Veranstaltungen der Demokraten und der Republikaner. Bei den Demokraten war es politischer. Klüger vielleicht, meinte sie. Bei den Republikanern war es netter. Tatsächlich auch offener: „*Come on in, have a beer, you belong here.*“

Das ist etwas, was mich seither sehr umgetrieben hat.

Wir reden viel über Politik. Aber wann bieten wir Heimat?

Eigentlich geht es um das vielleicht größte Versprechen der Freiheit: die Überzeugung, dass jeder Mensch gleich viel wert ist. Daraus folgt ein Satz. Aber es ist der Satz, der heute viel entscheidet: „Du bist okay, so wie du bist.“

Das ist die stärkste Waffe der Rechten. Sie sagen: Du bist okay, mit deiner Wut, mit deinen Sorgen. Das gilt bei denen natürlich nicht für alle, nicht für die Geflüchtete. Aber für viele – und die hören es.

Das dürfen wir ihnen nicht überlassen. Das können wir auch: Du bist Teil dieser Gesellschaft. Deine Sorgen sind real. Deine Sorgen sind unsere Sorgen. Dein Leben zählt. Du bist okay.

Aber Zugehörigkeit entsteht nicht durch Worte allein. Sie entsteht in Räumen. Zwischen Menschen. In dem, was zwischen Individuum und Staat liegt. Wir haben uns auf das Individuum berufen und auf seine Möglichkeiten zur Entfaltung. Das war richtig. Aber es war nicht genug. Eine Gesellschaft, in der es nur noch das Individuum gibt und den Staat – dazwischen nichts – ist keine schöne Vorstellung. Sie ist eine einsame Gesellschaft. Und Einsamkeit ist das Gegenteil von Freiheit.

Vielleicht auch aus der Einsamkeit heraus entsteht gerade wieder eine Sehnsucht nach sehr traditionellen Familienbildern. Die Tradwives – Frauen, die ihre Karriere für ein traditionelles Familienbild aufgeben, oft sichtbar in den USA, zunehmend auch bei uns. Wir haben zu Recht die patriarchale Ehe bekämpft. Unser Kampf gegen das Ehegattensplitting. Weil es Frauen benachteiligt, Benachteiligungen zementiert. Es ist ein wichtiger Kampf! Aber sollten wir den Grundgedanken nicht beibehalten, dass der Staat es finanziell unterstützt, wenn Menschen füreinander einstehen? Aber eben gleichberechtigt. Diese Möglichkeit sogar erweitern? Losgelöst von der Verwandtschaft, losgelöst von der Liebe.

Ich kenne zwei Frauen in meinem Wahlkreis, beide alleinerziehend, beide berufstätig. Sie wohnen seit Jahren Tür an Tür und springen füreinander ein – wenn das Kind krank ist, wenn ein Termin platzt, wenn nichts mehr geht. Sie sind keine Verwandten. Sie sind auch kein Paar. Sie sind etwas, wofür unser Recht keinen Namen hat. Aber genau das ist Füreinander-Einstehen im Alltag. Genauso wie die Senioren-WG. Das Patchwork. Den Freundeskreis, der zur Wahlfamilie wird. Dafür fehlt die Anerkennung, rechtlich wie gesellschaftlich.

Ich möchte, dass wir das sehen und ermöglichen – nicht als Bürokratie, sondern als Haltung des Staates gegenüber dem, was Gesellschaft zusammenhält.

Es geht nicht mehr um die Brüderlichkeit, auch nicht allein um die Schwesterlichkeit - aber die **Geschwisterlichkeit**, die müssen wir schaffen! Wenn wir keine Alternativen bieten, für das gleichberechtigte füreinander eintreten, dann führt die Sehnsucht nach Zusammensein zur Trübsal. Das darf uns nicht passieren.

***Und die dritte inhaltliche Erneuerung, wo Freiheit am praktischsten wird:
Freiheit braucht eine Wirtschaft, die sie trägt.***

Wir brauchen eine Wirtschaft, die Freiheit ermöglicht und uns nicht in Abhängigkeiten und Unfreiheit bringt. Die Frage ist: Womit verdienen wir morgen unser Geld, wenn wir keine Unfreiheit importieren wollen? Womit verdienen wir morgen unser Geld, wenn wir unseren Planeten nicht zerstören und die Unfreiheit nicht in die nächste Generation verschieben wollen? Und wie können alle daran teilhaben? Große Fragen.

Es wird eine Wirtschaft sein, die innovativ ist. Die unabhängig ist von Software, Energien und Rohstoffen aus Ländern, die uns nicht wohlgesonnen sind. Die hart vorgeht gegen Monopole und Machtkonzentration. Und die nicht auf Kosten der nächsten Generation lebt. Innovativ. Resilient. Nachhaltig.

Am Ende kann ein Land stehen, das wieder größer ist als heute. Nicht im Verbrauch. Aber im Können, in der Unabhängigkeit, in der Würde.

Das ist keine kleine Aufgabe. Wirtschaftlich ist es die größte seit dem Wiederaufbau. Aber sie wird erzählt als Pflicht, als Verzicht, als Ärger, als Bürokratie. Das ist auch unser Fehler. Denn in Wahrheit ist diese Aufgabe nichts anderes als die Freiheit selbst – übersetzt in Arbeit, in Industrie. Und deshalb müssen wir sie auch so erzählen: Nicht als Last, sondern als das, was sie ist – eine Geschichte von Wohlstand, von Können, von neuem Wachstum. Eine Geschichte der Freiheit.

V. Der Weg der Freiheit – Missverständnisse aufräumen

Wenn wir diese inhaltlichen Erneuerungen unserer Freiheit schaffen, bleiben zwei Missverständnisse, die ich gerne aufräumen würde. Über den Weg. Also wie wir zu mehr Freiheit kommen.

Das erste Missverständnis: Freiheit als Besitz

Ich glaube, dass wir ein Bild von Freiheit übernommen haben, das vor allem aus Amerika kam: Freiheit als das, was ich habe, wenn man mich in Ruhe lässt. Freiheit als Privatbesitz. Freiheit als Abwesenheit der anderen. Aber das war nie die europäische Idee! Die europäische Tradition hat Freiheit immer als Praxis gedacht. Hannah Arendt hat es so gesagt: Frei sein ist eine Tätigkeit. Sie existiert nur, solange sie ausgeübt wird.

Freiheit ist nicht, was man hat. Freiheit ist, was man tut.

Freiheit entsteht im Raum zwischen den Menschen. Dort, wo sie gemeinsam handeln. Stattdessen sitzen wir allein vor unseren Bildschirmen und nennen das: Freiheit. Aber es ist das Gegenteil. Es ist Vereinzelung. Wer allein sitzt, ist nicht frei. Er ist allein.

Freiheit ist, was man tut, wenn man zusammen ist.

Frei sind wir nur im wir.

Was bedeutet das konkret? Wir müssen den Kampf gegen die Einsamkeit aufnehmen. Wir müssen die Räume zwischen den Menschen wieder bauen. Das sind keine abstrakten Räume. Das ist der Stammtisch, die Nachbarschaft, der Sportplatz, auf dem man sich kennt. Die Bibliothek, in der man sitzen darf, ohne etwas kaufen zu müssen. Der Verein, der einem sagt: Du gehörst dazu.

Das sind öffentliche Räume – den Park, den Zugang zum See, die Straße. Stellen wir uns vor, der Bahnhof in unserer Stadt ist wieder das schönste Gebäude. Bahnhöfe, an denen sich Frauen auch abends um zehn allein sicher fühlen. Der öffentliche Raum soll das Beste sein, was dieses Land zu bieten hat. Nicht das, was übrigbleibt. Orte, an denen man zusammenkommt, egal wo man herkommt.

Und Demokratie braucht Orte, an denen Menschen miteinander entscheiden – auch zwischen den Wahlen. Bürgerräte sind ein solcher Ort. Zufällig gelost, ein Spiegel unserer Gesellschaft: der Erzieher sitzt neben der Anwältin, der Student neben der Professorin, neben der Rentnerin. Menschen, die sich sonst nie begegnen würden, ringen miteinander um eine Frage und finden eine Antwort, die wahrscheinlich niemand allein hätte finden können. Wir Grünen werden auch damit anfangen. Bei uns selbst. Wir werden Mitgliederräte für unsere eigene Programmarbeit einführen.

Zweites Missverständnis: Vorgegebene Wege

Damit zum zweiten Missverständnis: Häufig werde ich gefragt: „Mensch Frau Brantner, Sie sind doch Politikerin, bitte sag mir genau, wie der Weg aussieht, gib mir den 5-Jahres-Plan, besser noch den 10-Jahres-Plan!“ Wie die Chinesen.

Aber: Demokratische Partei sollten diesen Weg nicht gehen. Freiheitliche Politik kann nicht alle Wege vorzeichnen, nicht jeden Schritt vorschreiben. Sondern vertraut darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger den besten Weg finden, wenn die Bedingungen stimmen.

Auch wir Grünen müssen aufhören, den Eindruck zu erwecken, wir könnten den ganz genauen Weg schon vorgeben. Was wir kennen, ist die Richtung, das Ziel.

Die Menschen, die die Erneuerung vorantreiben werden, sind nicht wir Politikerinnen. Die Menschen, die die Erneuerung vorantreiben sitzen in den Hörsälen, in den Maschinenhallen, in Laboren, in Familienbetrieben, in Garagen. Den Weg findet man, indem man ihn geht – mit der Schweißerin in Salzgitter, deren Werk gerade umgebaut wird. Mit dem Landwirt in der Uckermark, der weiß, was sein Boden trägt. Mit der Ingenieurin, die uns sagen kann, was in fünf Jahren geht und was nicht. Wir sind nicht die Lehrer dieses Landes. Wir sind, im besten Fall, seine Übersetzer.

Und damit möchte ich von einer Frau erzählen, die ich nicht kannte, bis ich vor wenigen Wochen auf ihren Namen gestoßen bin: Therese Krupp.

Den Namen ihres Sohnes Alfred kennen die meisten. Den Namen der Firma sowieso. Aber Therese – die Frau, ohne die es Krupp nie gegeben hätte – ist verschwunden aus unserer Erinnerung. Als ihr Mann 1826 starb, hinterließ er ihr eine kleine, völlig überschuldete Gusstahlfabrik in Essen. Zwei kleine Kinder noch dazu. Die Gläubiger standen vor der Tür. Eine Frau, allein, mit einem maroden Betrieb, in einer Zeit, in der Frauen weder Verträge schließen noch Geschäfte führen sollten.

Viele hätten aufgegeben. Sie hat es nicht getan.

Sie hat ihre eigene Mitgift in die Firma gesteckt. Sie hat den Betrieb am Leben gehalten – jahrelang. Auf dem, was sie gerettet hat, hat ihr Sohn aufgebaut. Therese, 1826, steht für etwas: den Mut, weiterzumachen, wenn alles dagegenspricht. Wer wartet, bis die Lage übersichtlich ist, kommt zu spät. Wer vorangeht, macht sie übersichtlich.

Das ist der Therese-Effekt: Frauen, die vorangehen, schreiben aus dem Unklaren heraus Geschichte.

Wir brauchen heute eine neue Generation von Theresen. Wir brauchen den Mut ins Ungewisse zu gehen.

Was bedeutet das für uns? Nochmal: Unsere Aufgabe ist nicht, ihnen den Weg vorzuschreiben. Sondern ihn freizuräumen. Und sicherzustellen, dass die Theresen wirksam sein können. Denn Freiheit setzt voraus, dass Menschen spüren, dass ihre Anstrengung etwas bewirkt.

Freiheit ohne Wirksamkeit wird zu ihrem größten Feind: Sie wird zur Ohnmacht.

Zur Wirksamkeit gehört ein Staat, der handlungsfähig ist, für uns und durch uns. Heute brauchen wir Veränderung, Geschwindigkeit, aber Staat und Verwaltung sind blockiert. Wer deswegen pauschal nach weniger Staat ruft, irrt. Wer Regeln abschafft, die für alle gleich gelten, öffnet dem Recht des Stärkeren die Tür. Aber wer den Status quo verteidigt, irrt genauso. Sozialer Ausgleich, Klimaschutz, fairer Wettbewerb – all das lässt sich heute nur noch durchsetzen, wenn der Staat handlungsfähiger wird.

Hier müssen wir uns auch als Grüne selbst befragen. Wir kommen aus Bewegungen, die der staatlichen Belehrung misstrauen haben, die sich der Macht des Staates über das Individuum widersetzt haben. Und trotzdem haben wir mitgeholfen, einen Apparat zu bauen, der für jedes Problem eine Behörde hat, für jede Sorge ein Gesetz und für jedes Risiko eine Regel. Häufig gut gemeint. Aber gut gemeint ist nicht gut gemacht. Wir haben Vertrauen in den Staat manchmal verwechselt mit dem Glauben, dass mehr Staat automatisch mehr Schutz bedeutet. Das stimmt nicht.

Das heißt: Wir müssen aufhören, alles und jeden unter Generalverdacht zu stellen. Der Staat soll erstmal allen vertrauen, die etwas schaffen wollen – und sie nicht mit wirkungsloser Bürokratie überfrachten. Dafür kontrolliert er gezielt dort, wo wirklich Risiko und Missbrauch droht. Und bestraft dann auch härter. Außerdem: Jedes Gesetz braucht ein klares Ziel und einen Termin, an dem geprüft wird, ob das Ziel erreicht ist. Was wirkt, bleibt. Was sein Ziel verfehlt, wird repariert, oder läuft aus. Das ist der Kern eines klugen Staates: Er traut sich, seine eigenen Regeln zu prüfen – und daraus Konsequenzen zu ziehen. Auch unbequeme.

Damit die Thereses wirken können, müssen wir noch zwei Dinge bei uns selbst ändern. Wir sind die Partei, die früher als andere gesehen hat, dass der alte Wohlstand auf einer Rechnung beruhte, die irgendwann fällig wird – bei der Natur, beim Klima, bei den Kindern. Wir haben die ökologische Innovation in dieses Land getragen. Gegen alle Zweifler. Das ist unser großer Verdienst.

Aber sie reicht nicht mehr allein. Wir sind eine Partei geworden, die häufiger fragt:

„Was kann schiefgehen?“ als: „Was wird möglich?“

Beide Fragen sind richtig. Aber wir müssen wieder stärker die zweite entdecken, „was wird möglich?“ Denn ohne sie verschenken wir die Zukunft, für die wir kämpfen.

Wir müssen die Partei der Innovation sein. Punkt.

Und ja, der Weg der Erneuerung ist nicht einfach. Es gibt Verluste in Branchen und Lebensläufe, die sich neu erfinden müssen. Wer etwas anderes verspricht, sagt nicht die Wahrheit. Aber zur Wahrheit gehört auch: Niemand muss diesen Wandel allein durchstehen. Gute Absicherung. Echte Weiterbildung. Und die Gewissheit, dass man nicht fallen gelassen wird. Dafür stehen wir schon heute.

Aber ich möchte etwas Tieferes ansprechen: Wir haben bei allen richtigen Klima-Zielzahlen zu häufig die Menschen übersehen, um die es am Ende auch geht: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Branchen, die sich verändern oder gar verschwinden. Es geht um gute Jobs, Jobs, die Familien tragen. Ich möchte, dass wir unsere Politik so ausgestalten, dass sie sozialverträgliche Übergänge ermöglicht und zwar für alle die heute gute Jobs haben. Und damit ist heute manchmal ein anderer Blick auf die ein oder andere Umsetzung notwendig.

Und damit verbunden ist noch etwas: Wenn Versprechen in diesem Land wieder etwas wert sein sollen, dürfen wir nichts mehr versprechen, von dem wir jetzt schon wissen, dass es nicht hält. Nichts, von dem wir wissen, dass es nicht finanzierbar ist. Nichts, von dem wir wissen, dass die Umsetzung scheitern wird, oder dass die Generation nach uns es bezahlen muss.

Ohne Zukunftsversprechen, denen Menschen glauben, gibt es keinen Aufbruch.

VI. Zwei Hände werden zwanzig

Am Anfang dieser Rede stand eine Schulklasse. Dreißig Schülerinnen und Schüler. Und zwei Hände. Sie merken es: Dieses Bild lässt mich nicht los. Und ich glaube, es sollte uns alle nicht loslassen. In zehn Jahren werde ich vielleicht wieder eine neunte Klasse fragen:

„Wer von euch glaubt, dass es euch besser gehen wird als euren Eltern?“

Das ist der Maßstab. Nicht die nächste Umfrage. Nicht die nächste Wahl. Diese Frage, in einem Klassenzimmer, in zehn Jahren. Und ich möchte, dass dann mindestens zwanzig Hände hochgehen. Zwanzig fünfzehnjährige Gesichter, die sich etwas zutrauen.

Die diesem Land etwas zutrauen. Und denen dieses Land etwas zutraut. Unser Land kann mehr. Das war schon einmal so. Und es kann wieder so sein. Es wird wieder so sein – wenn wir den Weg bahnen. Dafür stehen wir auf.

Denn niemand ist frei allein. Frei sind wir nur als wir.

Vielen Dank.